

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 1,20 Mk., bei Zustellung durch die Boten 1,30 Mk., bei Postbestellung 1,50 Mk. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 144 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonntag den 22. Juni 1924

## Reichsbankpolitik.

Aus finanzwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Kein Reichsbankpräsident ist seines Lebens froh geworden; denn mit ihm ist immer alle Welt unzufrieden. Der verstorbene Habenstein ist vor dem Kriege auf erbitterteste angegriffen worden, weil er für möglichste Vermehrung des Goldschages sorgte — man hat ihm das im Kriege freilich abgeben. Nach dem Kriege hat man Habenstein fast steinigen wollen, weil er ebensoviele wie andere Leute die fürchterliche Höhe der Inflationswelle vorausgesehen hat, und der jetzige Präsident, Dr. Schaack, wird von allen Seiten angegriffen, weil er eine rigorose Kreditpolitik treibt, namentlich seit der Verordnung von 7. April, die fast auf eine Kreditperre hinauskommt. Auch die Rentenbank ist als ein neues verschleiertes Inflationsmittel bezeichnet worden, weil bekanntlich die Rentenbank durch die Reichsbank für rund 1200 Millionen Mark neue Noten, die Rentenbanknoten, in den Verkehr gebracht habe.

Auf der gegenwärtig stattfindenden Tagung des Industrie- und Handelstages in Nürnberg — also der Deputierten der deutschen Handelskammern — hat nun der Vizepräsident der Reichsbank, v. Glasenapp, ausführlich über die Kritik gesprochen, die man an der Kredit- und der Währungs politik der Reichsbank ausübt. Wichtig ist, daß mit der Ausgabe der Rentenbank eine Steigerung des Notenumsatzes erfolgt ist, daß aber andererseits der Notgedruckt fast ebenso stark eingeschränkt worden ist. Bisher zurückgezogen wurden die letzten Goldanleihestücke von 1 bis 5 Dollar und 700 Millionen Reichsmark. Während Ende November 1923 der Bestand an Zahlungsmitteln die Summe von 2068 Millionen Goldmark betrug, ist seine Höhe am 7. Juni 1924 2897 Millionen Goldmark gewesen. Also nur eine Steigerung von 800 Millionen, die ihren Grund vor allem darin hat, daß man jetzt tatsächlich mehr Zahlungsmittel braucht, weil der Umlauf nicht mehr so rasch schnell erfolgt wie in der Zeit der Inflation. „Diese Erfahrung“, sagte Herr v. Glasenapp, „ist es auch nicht gewesen, die dem verstorbenen Dr. Helfferich den Gedanken gab, die Rentenbank zu schaffen.“ Die Verwertung der Mark wird auch dadurch erschwert, daß ihr Kurs im Ausland jetzt auf pari steht, während sie früher ein Disagio (Abzug) von 5 %, im April sogar von 12 % gehabt hat; deswegen ist jetzt auch volle Devisenzuteilung möglich geworden.

Während man also im allgemeinen gegen die Währungs politik der Reichsbank größere Ansprüche tun noch unternimmt, stürmt man auf sie um so heftiger ein wegen ihrer Kredit politik. Aber auch hierin, meint Glasenapp, habe sie getan, was sie tun konnte. Sie habe seit dem 9. November 1923 einen Wechselkredit und Lombardkredit von 1,6 Milliarden Mark hergegeben; mehr sei nicht möglich. Denn ungedeckter Kredit werde nicht ausgegeben, und weitere Mittel ständen nicht zur Verfügung. Die 300 Millionen Mark, die die Reichsbank noch bei der Rentenbank habe, dürfe man als Kreditreserve im Interesse der Liquidität der Reichsbank nicht in Anspruch nehmen. Das gleiche gilt für die Guthaben im Reichsbankgiroverkehr und den Kassenbestand. Ebenso unmöglich — vor allem aus währungspolitischen Gründen — ist die Erhöhung des Kontingents an Reichsbanknoten, das jetzt 950 Millionen Goldmark beträgt und durch 250 Millionen Gold der Reichsbank zu 25 % gedeckt ist; die anderen 200 Millionen des Goldschages dienen zur Deckung der Dollarschuldenweisungen. Eine kleine Erleichterung der Lage brachte ja die neue Golddiskontbank, die der Wirtschaft einen Kredit von 16,5 Millionen Pfund Sterling (330 Millionen Goldmark) zur Verfügung stellen kann, allerdings nur an diejenigen Firmen, welche Aufträge vom Ausland erhalten haben oder erhalten werden.

Seien kann uns in unserer Kreditnot nicht das kleine Mittel des Warenverkaufs und damit des Preisabbaus, auch nicht die für diesen Zweck soeben erfolgte Reform der Verordnung über die Geschäftsaufsicht, sondern nur ausländischer Kredit, dessen Bewilligung freilich an die Erledigung des Sachverständigenberichts geknüpft ist. Man darf erwarten, daß manche im Gutachten enthaltene besonders gefährliche und brüdenbe Punkte beseitigt werden,“ schloß Glasenapp.

Wenn man diese Hoffnung auch vielleicht nicht ganz zu teilen vermag, so sind doch die Ausführungen Glasenapps darum sehr wertvoll, weil sie klar und offen den leichtfertigen Inflationsgerüchten entgegengetreten sind.

## Unter Nollets Einfluß.

Es wimmelt in der französischen Presse wieder einmal von Meinungen und Berichten über angebliche gewaltige Rüstungen Deutschlands — je mehr wir uns nämlich dem Zeitpunkt nähern, zu dem die Militärkontrollnote beantwortet werden soll. Denn die Notwendigkeit dieser Militärkontrollnote — trotz Versailles — soll damit ebenso bewiesen werden wie die Notwendigkeit der „Sicherheit“ Frankreichs.

## Der Fehlschlag der Regierungshoffnung.

Berlin, 21. Juni. Der Kanzler wird in den nächsten Tagen die Parteiführer empfangen, um mit ihnen die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem neuen Kurs in Frankreich zu besprechen. Am Donnerstagabend waren bereits Abgeordnete der besetzten Gebiete beim Kanzler und beim Außenminister, weil im besetzten Gebiet lebhaft über das Befehlsgebieten der Erwartungen der Reichsregierung, zu einer baldigen Räumung der Ruhr zu kommen.

### Zur bevorstehenden Konferenz zwischen Herriot und Macdonald.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 21. Juni. Aus London wird eine offizielle Note veröffentlicht, daß sich die beiden Ministerpräsidenten in bezug auf ihre Aussprache gleiche Zurückhaltung auferlegen werden und daß nur ein kurzes Kommuniqué nach Beendigung derselben den Pressevertretern zugehen wird. Nach dem Londoner „Times“-Korrespondenten wird sich die Aussprache auf folgende Punkte beziehen: 1. Ausführung des Sachverständigenurteils, 2. Interalliierte Militärkontrolle in Deutschland, 3. Wahrnehmung der Sicherungsfrage unter Zustimmung des Völkerbundes. Da seine Finanzachverständigen zu der Unterredung zugezogen werden, ist anzunehmen, daß die finanzielle Seite des Reparationsproblems und ebenso die Frage der interalliierten Schulden nicht behandelt werden soll. Macdonald wird die Absicht zugesprochen, in etwa drei Wochen eine interalliierte Konferenz einzuberufen zur Aussprache über das Gutachten und die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland. Was die Sicherungsfrage anlangt, so wird sie erst von den interalliierten Mächten besprochen und dann nach abgeschlossenen Meinungsaustausch dem Völkerbundrat in Deutschland unterbreitet werden.

### Um Frankreichs Sicherung.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) London, 21. Juni. „Morning Post“ und „Times“ schreiben, Macdonald setze keine großen Hoffnungen in die Unterredungen mit Herriot, da es ihm nicht möglich sein werde, die Unterstützung seiner Kollegen im Ministerrat für die Forderungen Herriots bezüglich der Sicherungen für Frankreichs Grenzen zu erlangen.

### Neue Meldungen über angebliche deutsche Kriegsvorbereitungen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 21. Juni. Der „Matin“ bringt an leitender Stelle einen neuen Artikel zu den angeblichen Kriegsvorbereitungen Deutschlands. Die Ausführungen des Blattes gipfeln in der Forderung nach Wiederaufnahme der Interalliierten Militärkontrolle. Das Blatt behauptet, Deutschland sei in der Lage,

den Führer dabei gibt natürlich Herr Nollet, jetzt Kriegsminister, ab. In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Morning Post“ stellt er die Zunahme der deutschen militärischen Leistungsfähigkeit fest und hebt es als besonders auffällig hervor, daß die von dem deutschen Generalkstab seit Kriegsende erteilten Instruktionen einen unverkennbaren Offenheitscharakter tragen. In sämtlichen deutschen Konsulaten in der ganzen Welt sind Kontrollbüros eröffnet worden, die den Zweck haben, Listen von Namen und Adressen sämtlicher wehrfähiger Deutscher aufzustellen, die sich im Ausland aufhalten, damit die Mobilisierungsbefehle sie zu jedem Augenblick erreichen können. Die deutsche Regierung habe neben der Schnypfzettel in Stärke von 150 000 Mann eine zweite Armee von 5000 Offizieren und 50 000 Unteroffizieren des preussischen Heeres aufgestellt. Die Stärke der deutschen Armee betrage daher zum mindesten 200 000 Mann. Die beträchtliche Vermehrung erfolgte seit 1923 mit der Einstellung der zahlreichen Wehrfreiwilligen, die für die Dauer von 3 bis 6 Monaten militärisch ausgebildet wurden. Trotz des Artikels 177 des Versailler Vertrages, der die Bildung von Sportverbänden verbietet, bestehen diese Organisationen in großer Anzahl und werden von der Regierung unterstützt. Ihr Ziel besteht darin, die militärische Ausbildung, von der Deutschland Abstand nehmen muß, zu ersetzen. Die Mehrzahl dieser Organisationen erhält Kriegsmaterial und militärische Instruktionen von dem Generalkstab unter der direkten Kontrolle des Kommandeurs der 7. Bayerischen Division, General von Lossow. Die deutsche Regierung, sagt General Nollet weiter, habe die Möglichkeit, Kriegsmaterial wieder herzustellen, da die Munitionsfabriken nur teilweise geschlossen und die früheren Staatsfabriken noch weiter in Tätigkeit sind.

In die gleiche Kerbe haut auch ein Artikel des „Internationalen“ und andere. Das „Journal“ will auch davon wissen, daß Deutschland militärische Pläne gegen die Ruhrbesetzung zur Ausführung bringen wolle. Diese Meldung ist völlig aus der Luft gegriffen, man weiß nur nicht, wo die Verbreiter diese Lügen sizen.

hundert Divisionen zu bewaffnen, wenn man die Kontrolle nur zehn Monate aussetze, tatsächlich ruhe diese nun aber schon achtzehn Monate.

Paris, 21. Juni. Der „Newport Herald“ veröffentlicht ein Telegramm aus Berlin: Die Abfassung der deutschen Antwort auf die letzte Note der Besatzermächten, betreffend die Militärkontrolle, ergebe ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinett einerseits und der Militärbehörde andererseits. Sie beharre noch wie vor auf einer Ablehnung der Note. Verschiedene höhere Offiziere der Armee haben für den Fall, daß die Note doch angenommen werde, mit ihrem Rücktritt gedroht. Ausländische Blätter melden die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung, zu der die Berliner Regierung im Falle einer Parlamentsniederlage schreiten würde.

### Ein Deutscher zum Tode verurteilt.

Paris, 21. Juni. Das französische Kriegsgericht in Oran hat den deutschen Fremdenlegionär Karl Heintz, der in die Fremdenlegion eingetreten war, und seinen Mitangeklagten Andreas Roe zum Tode verurteilt. Heintz war beschuldigt, am 18. Juni 1923 einen eingeborenen Schützen, der mit seiner Bewachung im Gefängnis in Bossuet beauftragt war, überfallen und getötet zu haben. Der „Petit Parisien“ behauptet, Heintz sei als Spion der deutschen Regierung in die Fremdenlegion eingetreten. Ein Berichterstatter des „Matin“ hatte Gelegenheit, Heintz in seinem Gefängnis zu unterhalten. Er gewann den Eindruck, daß es sich um einen Menschen von hoher Intelligenz handle. „Petit Parisien“ erwähnt noch, daß Heintz während des Krieges 32 französische Flugzeuge abgeschossen habe.

### Sturmzeichen in Italien

Rom, 21. Juni. Die politische Lage hat sich durch die Gegendemonstrationen der Kommunisten und Sozialisten merklich verschärft. Die Nationalmiliz in ganz Italien hat den Einberufungsbefehl erhalten.

Zürich, 21. Juni. Die „Neue Zürcher Ztg.“ meldet aus Rom: Das Kabinett hat über Neapel, Turin und Palermo den Besatzungszustand verhängt. Der Präsekt von Mailand ist seines Postens enthoben. Bei den Unruhen gegen die Faschisten in Neapel, wo bei der letzten Kommunalwahl 80 Prozent aller Stimmen für die Faschisten abgegeben worden waren, hat es, der „Tribuna“ zufolge, drei Tote und 25 Verletzte gegeben. Wie die „Dea Nazionale“ meldet, sind mit einem Sonderzug aus Florenz drei Abteilungen der toskanischen faschistischen Miliz aus Mailand eingetroffen; sie durchziehen die Hauptstraßen der Stadt. Weitere Abteilungen wurden am Bahnhof stationiert.

Rom, 21. Juni. Die im Zusammenhang des Mordes an Matteotti verhafteten Personen haben keine der Fragen des Untersuchungsrichters beantwortet. Mussolini dürfte am kommenden Sonnabend im Senat sich über den Gang der eingeleiteten Untersuchung äußern.

## Wiederherstellung des deutschen Kredites

Eine Rede Lloyd Georges im Unterhaus.

London, 20. Juni. In der Unterhausdebatte über den Etat des Handelsamtes erklärte Lloyd George, der ganze Erfolg des Dawes-Berichts hänge davon ab, inwiefern die Durchführung des Gutachtens den deutschen Kredit wiederherstelle. Der Redner unterstrich die Tatsache, daß die 73 Millionen Pfund, die Deutschland als Reparationsleistung im vergangenen Jahre bezahlt habe, auf Grund des Dawes-Berichts auf 50 Millionen herabgesetzt werden sollen, wovon 40 Millionen vom Auslande vorgeschossen werden sollen. Wenn Amerika seine großen Goldquellen der Wiederherstellung Deutschlands zur Verfügung stellen würde, so würde es ausreichende Sicherheit und auch das notwendige Entgegenkommen in einem Lande finden, wo es bisher üblich gewesen sei, viel höhere Zinsen zu zahlen, als dies in England oder Amerika der Fall sei.

Deutschland habe eine Zeit großer Leiden und niedriger Löhne durchgemacht und sei der Hungersnot nahe gewesen. Die Deutschen könnten infolge der Tatsache, daß ihr Kredit gesunken sei, nicht Rohstoffe zu einem Preise kaufen, der ihnen ermöglichen werde, mit England auf ausländischen Märkten zu konkurrieren, und Deutschland habe 35 bis 40 % für Anleihen für seine Geschäfte zu zahlen. In dem Augenblick, wo man den deutschen Kredit wiederherstelle, würden diese Hemmungen verschwinden.

### Völkische und Siedlungsproblem.

Berlin, 20. Juni. Anlässlich der „Völkischen Woche“ sprach Geh. Reg. Rat Dr. Kausel über das Thema: „Siedlung und Bodenrechtsfrage“. Ausgehend von der geschichtlichen Tatsache der Völkerverwanderung betonte der Vortragende, daß die Rüge der Germanen, die zwar ein wanderlustiges Volk waren, im